

Dialog zwischen Präsidium und Landespolitik

Alljährlich treffen sich das Präsidium der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) und die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Pflege im Bayerischen Landtag, um über die aktuellen Themen in der Gesundheitspolitik zu diskutieren. Mitte Juni 2018 war es wieder soweit. Das im Februar 2018 gewählte Präsidium um Präsident Dr. Gerald Qitterer und die Vizepräsidenten Dr. Andreas Botzlar und Dr. Wolfgang Rechl traf in neuer Besetzung auf die Mitglieder des Ausschusses, die durch die Vorsitzende Kathrin Sonnenholzner (SPD), den stellvertretenden Vorsitzenden Bernhard Seidenath (CSU) und weitere neun Mitglieder vertreten waren.

Sonnenholzner beglückwünschte Qitterer nochmals zur Wahl und wünschte einen guten Verlauf für die nächste Amtsperiode. Die mit der kommenden Landtagswahl ausscheidende Ausschussvorsitzende signalisierte weiterhin die Bereitschaft zu einer engen und kooperativen Zusammenarbeit.



Mitglieder des Ausschusses Gesundheit und Pflege diskutieren mit dem BLÄK-Präsidium.

Ärztmangel

Qitterer begann den Gedankenaustausch mit einem seiner aktuell wichtigsten Themen: dem erhöhten Bedarf an Ärztinnen und Ärzten in der Versorgung und den Zulassungskriterien für das Medizinstudium. Der Präsident ging der Frage nach, wie mehr Kolleginnen und Kollegen für die Versorgung auf dem Land gewonnen werden können. Er erläuterte neben der angedachten sogenannten Landarztquote sein Konzept einer „Vorabquote“, nach der Abiturienten, die sich vor Studienantritt bereits vertraglich verpflichten, eine bestimmte Praxis in einer bestimmten unterversorgten Region zu übernehmen, einen Studienplatz erhalten sollen. Hierbei solle die Abiturnote weniger entscheidend sein; vielmehr sei maßgebend, dass eine Praxis unter Garantie einen Nachfolger erhalte. Qitterer verwies dabei auf die Notwendigkeit, Parameter wie Abiturnote, Medizinertest, soziales Engagement oder Wartezeit prozentual anders zu gewichten und

bei der Vergabe von Studienplätzen entsprechend zu berücksichtigen.

Staatsexamen für ausländische Ärzte

Thematisiert wurde auch die Forderung des Deutschen Ärztetages nach einem dritten Staatsexamen für ausländische Ärzte aus Drittstaaten. Kerstin Celina (Bündnis 90/Die Grünen), erkundigte sich nach der Anzahl an ausländischen Ärzten in Bayern. Vizepräsident Botzlar führte aus, dass es derzeit um die 8.800 ausländische Ärzte in Bayern gebe, mit steigender Tendenz. Rechl schilderte beispielsweise die Weiterbildungssituation im Schwerpunktkrankenhaus in Weiden, in dem fast ausschließlich Ärzte in Weiterbildung aus dem benachbarten Ausland arbeiteten. Ulrich Leiner (Bündnis 90/ Die Grünen) erkundigte sich nach einem möglichen Prüfungsprozedere und Qitterer erläuterte die Idee, dass die Prüfung analog

des 3. Staatsexamens (M3) erfolgen soll, damit die Gleichwertigkeit der fachlichen Kenntnisse besser überprüfbar sei. Leiner gab zu Bedenken, dass der Sinn nicht darin liegen könne, mit mehr Studienplätzen mehr Absolventen zu generieren, die nach Abschluss dann ins Ausland gingen. Entsprechend müssten die Rahmenbedingungen vor Ort stimmen. Seidenath wandte ein, dass der Nachwuchsmangel allein mit ausländischen Ärzten nicht in den Griff zu bekommen sei und erkundigte sich nach weiteren Maßnahmen, die die Ärzteschaft vorschlage. Botzlar führte aus, dass es weiterer Maßnahmen bedürfe, um den ärztlichen Nachwuchs langfristig sicherzustellen. So sei es dringend notwendig, an allen Fakultäten mehr Studienplätze einzurichten und Ärzten ein Umfeld mit attraktiven, familienfreundlichen Infrastrukturen zu schaffen.

Dr. Karl Vetter (Freie Wähler) gab zu Bedenken, dass auch die Universitäten ihre Rolle bei der Studienplatzvergabe hinterfragen müssten. Mit

Auswahlgesprächen könnten diese bei der Verteilung der Plätze bereits jetzt entscheidend Einfluss nehmen. Rechl merkte an, dass keine Universität in Bayern Auswahlgespräche durchführe. Hier mangle es an Personal, Rechtssicherheit und finanziellen Mitteln.

Fachsprachenprüfung und Physician Assistant

Ein weiteres Diskussionsthema war die Fachsprachenprüfung, die die BLÄK im Auftrag der Regierung seit April 2017 für Ärzte aus dem nicht-deutschsprachigen Ausland durchführt. Bemängelt wurde die hohe Durchfallquote. Botzlar erklärte, dass die BLÄK hier den Vorgaben des C1-Sprachniveaus der Gesundheitsministerkonferenz Folge geleistet habe und die Prüflinge, die beim Erstversuch durchfielen, die Prüfung im Zweitversuch meist bewältigten. Manches bedürfe lediglich einer intensiveren Vorbereitung, so Botzlar.

Diskutiert wurde auch über den neuen Beruf „Physician Assistant“ und der vermuteten Absicht, den Mangel in der Versorgung damit auszugleichen. Quitterer gab zu bedenken, dass die Ausbildungsinhalte über die reine Delegation hinausgingen. Hingegen sollten personelle und

finanzielle Ressourcen, die für diesen Studiengang in die Hand genommen würden, eher in Studienplätze für Medizin investiert werden. „Wir wollen keine neue Versorgungsebene schaffen, die falsche Anreize für Studierende setzt, die eigentlich Arzt werden wollen“, machte der Präsident deutlich. Sonnenholzner pflichtete ihm bei und mahnte, dass das Gesundheitssystem hier vernünftige Lösungen liefern müsse, um dem Primat der Hausarztmedizin wieder mehr Bedeutung zu verleihen. Leiner warnte vor einer Substitution von ärztlichen Leistungen. Denkbar sei nur die Delegation an medizinisches Fachpersonal wie zum Beispiel an eine Versorgungsassistentin. „Wir wollen Ärzte nicht durch eine niedrighschwelligere Berufsgruppe ersetzen“, machte er klar. Quitterer pflichtete ihm bei und machte deutlich, dass Ärzte wieder mehr Wertschätzung spüren müssen. Nicht zuletzt würden durch Förderprogramme, den Abbau von Regressbedrohungen sowie die Umorganisation des ärztlichen Bereitschaftsdienstes die Niederlassungshemmnisse abgebaut.

Sektorenverbindende Medizin

Ein weiteres Thema war die sektorenverbindende Versorgung. So müssten die Sektoren ambulanz und stationär besser miteinander kommunizieren. Quitterer erklärte, dass mit Reform des Be-

reitschaftsdienstes und der Vergrößerung der Bereiche die Versorgung flächendeckend verbessert worden sei. Durch Bereitschaftspraxen, die an Krankenhäuser angebunden seien, sei neben der Reduktion der Dienstbelastung für die niedergelassenen Ärzte auch eine Entlastung in den Notaufnahmen spürbar. Als problematisch bewerteten viele in der Runde immer noch die derzeitige Situation in vielen Notaufnahmen. So kämen viele Patienten mit minderschweren Erkrankungen aus Unkenntnis in die Notaufnahme mit einer immensen Erwartungshaltung. Ruth Müller (SPD) betonte, dass es wichtig sei, Patienten künftig noch genauer zu informieren und auch die Nummer 116 117 besser bekannt zu machen.

Zum Thema Fernbehandlung erklärte Quitterer, dass diese den Ärztemangel in keiner Weise beseitigen könne. Wichtig sei nach wie vor der persönliche Patienten-Arzt-Kontakt. Eine ausschließliche Behandlung via Internet oder Telefon könne allenfalls für einen besonderen Bedarf zur Verfügung stehen. Abschließend lobten alle Beteiligten den fruchtbaren Austausch und verständigten sich auf eine Fortsetzung im neuen Jahr.

Sophia Pelzer (BLÄK)



**Projektpatenschaft
Wasser und Gesundheit**

100 % nachhaltig.
Jetzt Pate werden und langfristig helfen.

Ihr Kontakt zu uns:
www.DRK.de/Paten
☎ 030 / 85 404 - 111
Spenderservice@DRK.de

**Deutsches
Rotes
Kreuz**